



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

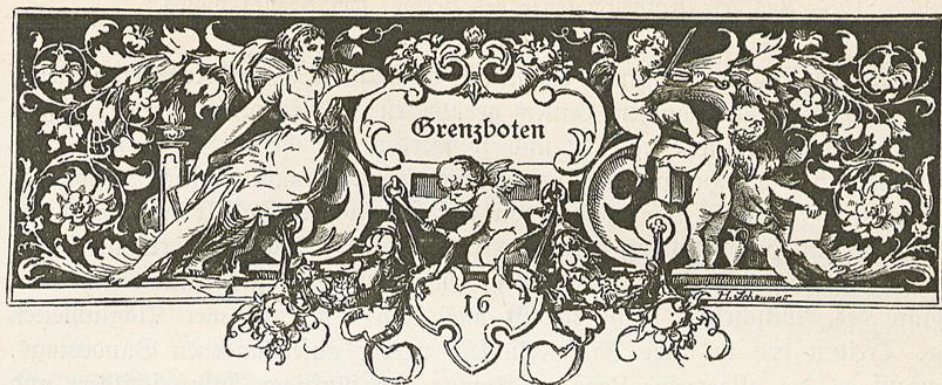
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus den Denkwürdigkeiten des Herzogs von Koburg-Gotha. 1

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Aus den Denkwürdigkeiten des Herzogs von Koburg-Gotha

1



enn schon der erste Band des herzoglichen Werkes, namentlich wo es Erzählung und ganz besonders wo es Mitteilung nach eignen Erlebnissen und Beobachtungen war, für den Politiker wie für den Historiker mancherlei wertvolles bot, so hat der zweite Band noch weit mehr Anspruch auf unser Interesse; auch können wir hier bei den meisten Ereignissen, Zuständen und Personen, die uns der Verfasser vorführt, mehr mit der Beleuchtung einverstanden sein, die sie von seinem Standpunkte aus erhalten. Die Zeit freilich, in die er uns zurückversetzt, ist so wenig erfreulich wie die, von der der erste Band handelte. Beide Zeitabschnitte aber mögen, wenn wir sie so von wohlunterrichteter Seite mit neuen Einzelheiten dargestellt mit der Gegenwart vergleichen, uns diese erst recht würdigen lehren, den ungeheuern Fortschritt, den die Nation seitdem gemacht hat, deutlicher erkennen lassen, und die dankbare Empfindung steigern, daß endlich in Deutschland eine Zeit kam, wo die Ohnmacht und Unfähigkeit der Regierenden wie der Regierten, der nationalen Idee zu lebensfähiger Verwirklichung zu verhelfen, dem Erscheinen genialer und charakterstarker Geister Raum machte, die wußten, wie das Erlösungswerk zu beginnen und zu vollenden sei, und teils mit rücksichtsloser Energie, teils mit kluger Billigkeit alle Hindernisse hinwegräumten, vor denen die Entwicklung bisher gestockt hatte und im Sande verlaufen war. Namentlich das erste Kapitel des Bandes, das über die Dresdener Konferenzen berichtet, und gewisse Abschnitte des achten

und neunten Buches, die unter die Rubrik der damals in die Mode gekommenen und noch jetzt von manchen Leuten gerühmten „Volkspolitik“ fallen, eignen sich für einen solchen Vergleich, und so werden wir die Auszüge, mit denen wir die Arbeit des Herzogs am besten zu empfehlen glauben, diesen Abschnitten entnehmen. Zunächst aber machen wir auf den übrigen Inhalt in einem kurzen Überblick mit Hervorhebung besonders interessanter Stücke aufmerksam.

Das sechste Buch, mit dem der neue Band anfängt, betitelt sich „Die Jahre des Rückschritts“ und erzählt uns nach den Dresdener Kläglichkeiten das Treiben des in alter Zämmlichkeit wieder auferstandenen Bundestags, worauf es die allgemeine Lage zu Anfang der fünfziger Jahre schildert und sich schließlich mit thüringischen, speziell mit Koburg-Gothaischen Fragen damaliger Zeit beschäftigt. Interessante Porträtskizzen sind hier u. a. der „Flottenfischer“, General Radowiz, von dem wir hören, daß er den Herzog zur Abfassung des gegenwärtigen Geschichtswerkes veranlaßt und ihm zugleich in dem Schleswig-Holsteiner Samwer einen Gehilfen dazu verschafft hat, der Großherzog Leopold von Baden und der Großherzog Karl Friedrich von Weimar, den viele wohl nicht so günstig beurteilt haben werden, wie es hier geschieht. Im nächsten Buche hat es der Verfasser mit den orientalischen Wirren, die zum Krimkriege führten, mit diesem Kriege selbst und mit dem Kongreß zu thun, der den darauf folgenden Frieden schloß. Von Wert finden wir hier namentlich die Berichte des Herzogs über seinen Besuch in Paris, seine vertraulichen Gespräche mit dem Kaiser Napoleon, Prinz Alberts Äußerungen über die Lage, das Verhältnis Friedrich Wilhelms zu dem Prinzen von Preußen in diesen Tagen und die Beobachtungen, die der Herzog während seines damaligen Aufenthalts in Wien zu machen Gelegenheit hatte. Im achten Buche verdienen die Kapitel über den Ausgang König Friedrich Wilhelms und über die allgemeine Lage nach dem Krimkriege Beachtung, und zwar in diesem Kapitel vorzüglich die Stellen über die damals in Berlin viel erörterte Frage, ob Stellvertretung oder Regentschaft, und die über den Verkehr des Herzogs mit dem Fürsten Anton von Hohenzollern zu Ende des Jahres 1858, in dem andern die sehr lebendige Beschreibung des Attentats an der großen Oper in Paris, bei dem der Verfasser Augenzeuge war. Das neunte und letzte Buch endlich behandelt Preußen und Deutschland angesichts der Vorbereitungen auf den österreichischen Krieg mit Sardinien und Frankreich, während und nach dem Kriege, wobei wieder mancherlei wertvolle Beiträge zum Verständnis dieser Vorgänge geliefert werden. Das Schlußkapitel über die Gründung des Nationalvereins werden wir, wie angedeutet, in Verbindung mit einem andern, seinem hauptsächlichlichen Inhalte nach wiedergeben. Vorher lassen wir den Herzog und einige andre Berichterstatter die Dresdner Konferenzen charakterisieren.

Am 23. Dezember 1850 fand im Brühl'schen Palais die erste Sitzung der Konferenz statt, deren leitender Gedanke die Überzeugung sein sollte, daß

die Interessen der Gesamtheit der Staaten des unauflöslichen deutschen Bundes sowohl im Innern wie nach außen einer starken Vertretung bedürften. Der Akt begann mit einer Rede des österreichischen Ministers Fürsten Schwarzenberg, die sich wie ein Genzisches Schriftstück aus dem Jahre 1819 anhörte, indem sie lebhaft die Vorzüge der alten Bundesverfassung schilderte, dann aber wegen einiger Mängel eine Abänderung für nötig erklärte, die besonders den Bund befähigen sollte, Revolutionen fernzuhalten. Darauf sprach der Minister von Beust, alsdann erst Manteuffel und zuletzt, als Vertreter der dritten Großmacht, der Baiern v. d. Pfordten, der wenigstens andeutete, die Aufgabe der Versammlung werde auch darin bestehen, der deutschen Nation den ihrer Bildungsstufe entsprechenden Grad bürgerlicher Freiheit zu gewähren, während der zweite und der dritte Redner nur allgemeine Phrasen vorbrachten. Weder Preußen noch Österreich bezeichneten auch nur die Hauptgesichtspunkte für die weiteren Verhandlungen, denn man war darüber noch nicht einig. In der zweiten Sitzung zeigte Fürst Schwarzenberg an, daß er sich mit dem preussischen Minister über die Bildung von Sektionen und deren Arbeitsprogramm verständigt habe, und teilte das Ergebnis zur einfachen Annahme mit. Die österreichische Präsidialmacht war allerdings noch nicht wieder anerkannt, aber Schwarzenberg ordnete kurz und bündig alles so an, als ob die übrigen Bevollmächtigten seine Beamten wären. Es wurden fünf Sektionen oder Kommissionen gebildet. Die erste und wichtigste, die sich mit der Organisation der obersten Bundesbehörde und des Bundesgebiets beschäftigen und dabei Artikel 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 der Bundesakte, sowie Artikel 6 bis 10 der Schlußakte revidieren sollte, hatte den Vertreter von Österreich zum Vorsitzenden und die von Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, den beiden Hessen, Weimar und Frankfurt zu einfachen Mitgliedern. Der Vertreter Preußens, von Alvensleben, konnte hier kaum auf eine einzige Stimme zur Unterstützung zählen, wenn er das preussisch-deutsche Interesse geltend machen wollte. Noch ungünstiger stand es für Preußen in der zweiten Kommission, wo es zwar den Vorsitz führte, aber neben Österreich und den Königreichen nur Baden, die beiden Mecklenburg, Holstein und Anhalt vertreten waren. Da hier die entscheidende Frage über die Rechte der Einzelstaaten gegenüber dem Bunde beraten werden sollte, und demzufolge auch die preussische Idee des engeren Bundesstaates hier durchzusetzen war, so ließ sich bei der geschlossenen Stellung der mit Österreich verbündeten Königreiche eine Einigung nicht erwarten. Die übrigen Kommissionen interessiren uns hier wenig, und so können sie unberücksichtigt bleiben. Ende Dezember schlugen Preußen und Österreich gemeinschaftlich die Bildung einer Exekutive vor, aber nur in den allgemeinsten Fragen war ein Einvernehmen zwischen ihnen erzielt worden. So z. B. waren beide Mächte in ihrer Abneigung gegen jede Vertretung der Nation bei der obersten Bundesbehörde einig, aber beide Mächte hatten dabei sehr verschiedene Gründe.

Österreich war dagegen, weil es überhaupt dem konstitutionellen System abhold war, dann weil durch eine aus dem gesamten Bundesgebiete zu berufende ständische Vertretung die Schwierigkeiten erhöht wurden, die sich der von ihm ersehnten Aufnahme seiner außerdeutschen Provinzen in den Bund entgegenstellen mußten. Preußen dagegen wollte ein Parlament neben der obersten Bundesbehörde deshalb nicht, weil es nach einem freien Unirungsrechte innerhalb des weiteren Bundes trachtete und die ständische Vertretung dem zu bildenden engeren Bunde vorbehalten wollte, um durch Befriedigung dieses Bedürfnisses zum Eintritt in den Bund zu reizen. Doch hielt es diesen Gedanken jetzt geheim. Nie trat er während der Dresdener Konferenzen hervor. Vielmehr war es hier möglich, daß Baiern bezüglich der Bundesezekutive seinem Lieblingsplane der Bildung einer „Trias“ noch Ausdruck gab. Alle Zweideutigkeiten lösten sich endlich am 2. Januar, wo Österreich und Preußen in der ersten Kommission hinsichtlich der Bildung des Zentralorganes des Bundes gemeinsam vorschlugen, das bisherige Plenum der Bundesversammlung solle mit den durch die Zeit gebotenen Änderungen des Stimmenverhältnisses fortbestehen, an die Stelle des engeren Rates aber, der nie zu der erwünschten Thatkraft gelangt sei, eine neue Vollzugsbehörde aus wenigen Mitgliedern geschaffen werden. Sieben Mitglieder mit neun Stimmen, von denen Preußen und Österreich je zwei besitzen sollten, waren dazu bestimmt. Über das Prinzip und die Verteilung der übrigen Stimmen wünschten die beiden Großmächte die Ansicht ihrer Mitverbündeten zu hören. Baiern erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden, beanspruchte aber für sich eine volle Stimme. In gleicher Weise sprachen sich die drei andern kleinen Königreiche und die beiden Hessen aus. Somit waren schon sämtliche Stimmen von den früheren Abstimmenden in Anspruch genommen, als die Reihe des Abstimmens an Weimar und Frankfurt kam. Diese erkannten zwar an, daß die Exekutivbehörde kräftiger und handlungsfähiger sein werde, wenn sie aus weniger Mitgliedern als bisher bestehe, meinten aber, es müsse, wenn nicht Rechte gekränkt werden sollten, das Stimmenverhältnis so geregelt werden, daß kein Glied des Bundes von der Beteiligung an jener Behörde gänzlich ausgeschlossen sei. Infolge dieser Opposition, der sich die Bevollmächtigten andrer Kleinstaaten anschlossen, und die zu stürmischen Sitzungen in der ersten Kommission führten, kam das Projekt der Exekutivbehörde in veränderter Gestalt, in der es elf Stimmen und neun Mitglieder hatte, ins Plenum. In Berlin gefiel der Gedanke dieser neuen Bundesbehörde, die im Grunde doch nur die Geschäfte der mittelstaatlichen Politik besorgt hätte, wenig, der Prinz von Preußen, der noch keinen Augenblick von den Wegen der Unionspolitik gewichen war, äußerte sich entschieden dagegen, und Mantaußel fing an zu wünschen, die kleinen Staaten möchten den von ihm selbst mit Österreich eingebrachten Vorschlag zu Falle bringen.

War so die erste Kommission der Konferenz mit ihren Absichten auf Neugestaltung des Bundes auf einen Irrweg geraten, so fanden die Anträge Österreichs in Bezug auf das Bundesgebiet sowohl in der ersten als in der zweiten Kommission nicht weniger berechtigten Widerspruch. Sie zielten auf eine Aufnahme aller Länderteile des Kaiserstaates in den deutschen Bund. Preußen unterstützte diese Zumutung in der Erwartung, daß es dann leichter mit seiner engeren Bundesverfassung durchdringen würde. Die Mittelstaaten dagegen, die die Volksvertretung beim Bunde nicht aufgeben wollten, betrachteten das großösterreichische Projekt mit Mißtrauen, und Hannover machte förmliche Einwendungen. Als dann aber Österreich genötigt wurde, in der Frage über das Bundesparlament Farbe zu bekennen, und sich nunmehr dagegen aussprach, erklärte Preußen sofort, dann müsse man die Einrichtung für abgelehnt ansehen. War nun schon im Schoße der Konferenz der Zwiespalt der Meinungen fast unausgleichbar geworden, so wurde die Frage über den Eintritt ganz Österreichs in den Bund alsbald noch dadurch verwickelt, daß die Westmächte den Schritt als Bruch der Verträge auffaßten und Frankreich förmlich dagegen Verwahrung einlegte. Der Antrag überschritt daher nur ganz schüchtern die Schwelle des Kommissionszimmers, indem im Plenum erklärt wurde, der Gegenstand scheine noch nicht reif für eine Beschlußfassung zu sein. Man begnügte sich in dem Berichte, mit dem die erste Kommission vor die gesamte Konferenz trat, alles Gewicht auf die Organisation der Bundesbehörden zu legen. Das Stimmenverhältnis im Plenum des Bundestags und in dessen Vollziehungsausschuß sollte reformirt werden, und es wurde die Aufstellung einer ständigen Exekutionsarmee von 125 000 Mann ins Auge gefaßt. Die Zusammensetzung eines Ausschusses beruhte auf der Annahme von 9 Kurien, von denen Preußen und Österreich je 2, die vier kleinen Königreiche je eine, Baden mit den beiden Hessen ebenfalls eine und die übrigen Staaten zusammen 2 Stimmen führen sollten. Was die Aufnahme sämtlicher Provinzen Österreichs und Preußens in den Bund betraf, so zeigte der Bericht die Zustimmung der Kommissionsmitglieder, fügte dann aber kleinlaut hinzu, gegen die Verwirklichung dieses Vorhabens sei wohl kein Einspruch von auswärts zu gewärtigen, und übrigens „dürfte gegen einen solchen vorkommendenfalls Deutschland mit Würde aufzutreten nicht anstehen.“ Auch die zweite Kommission war inzwischen mit ihrem Elaborat über den Wirkungskreis der obersten Bundesbehörde und der Einzelstaaten in ihrem Verhältnisse zu einander wenigstens in Bezug auf den ersten Teil der Aufgabe zu Ende gelangt. Die Ermittlung der Kompetenzverhältnisse war in einer Anzahl von Fällen der Gesetzgebung und in Betreff der Kriegseinrichtung sowie in Bezug auf die Erhaltung der Ruhe im Innern erfolgt. Man erörterte die Befugnis des Plenums der Bundesversammlung und die des vollziehenden Ausschusses. Man unterschied nach der neuen Ordnung sorgfältiger als nach dem alten Bundesrechte die

Angelegenheiten, die durch Stimmeneinhelligkeit, solche, die durch Zweidrittel-, und solche, die durch einfache Mehrheit zu entscheiden sein würden; völlig neu und seltsam aber war die Ausnahme einer Dreiviertel-Mehrheit für den Fall, daß es sich um die Einrichtung einer Bundesmarine oder um den Bau eines Bundeskriegshafens handeln sollte. Am 23. Februar wurde über die Berichte in der vierten Plenarsitzung abgestimmt, nachdem die kleinen Staaten von dem ihnen von Preußen vorbehaltenen Rechte, sich über die Beschränkung ihrer bisherigen Stellung in dem engern Bundesrate offen auszusprechen, umfangreichen Gebrauch gemacht hatten. Dies führte zum Schluß noch zu einem heftigen Kampfe zwischen Dalwigk, Beust und Pforten. Der Hesse hatte etwas voreilig verlauten lassen, das Beste wäre einfache Rückkehr zur alten Bundesverfassung. Der Sachse und der Baiern gerieten darob in heiße sittliche Entzündung und erklärten mit geschwellter Brust und erhobener Stimme, daß ihre Regierungen nicht darcin einwilligen würden, wenn es beantragt würde. Als Dalwigk nachher aber behauptete, mißverstanden worden zu sein, da er denn doch die alte Bundesverfassung als zu Recht bestehend betrachte, also keinen Antrag, sie wieder zur Geltung zu bringen, für gestattet ansehen könne, löste sich alles wieder in Wohlgefallen auf. Das Ergebnis der vierten Sitzung des Plenums der Konferenz war, daß man den sogenannten Elferentwurf als gefallen ansehen durfte, und am 12. März 1851 vernahm man aus Berlin, daß Mantuffel sich geäußert habe, Preußen habe das Projekt der elfstimmigen Neuen-Kommission endgiltig aufgegeben und in Wien erklären lassen, daß es darauf nicht zurückkommen werde. Dagegen hatte es dort einen neuen Vorschlag machen lassen, über den Alvensleben in Dresden folgendes mitteilte. Der engere Rat sollte 17 Mitglieder mit 70 Stimmen haben, von denen jede Großmacht 10, Baiern 5, die andern Königreiche je 4 und die übrigen 11 Mitglieder je 3 führen sollten. Der Vollzugsausschuß solle aus 5 Mitgliedern bestehen, von denen Oesterreich und Preußen 2 ständig ernennen, die 3 andern aber durch allgemeine Wahlen im engern Räte oder dergestalt bestellt werden sollten, daß die 4 königlichen Regierungen das erste, die übrigen Virilstimmen das zweite und die Kurialstimmen das dritte zu wählen hätten. Wolle Oesterreich darauf nicht eingehen, so sei Preußen der Meinung, daß das alte Bundesverhältnis unverändert wiederhergestellt werden müsse. Auch Oesterreich hatte jetzt bemerkt, daß es mit seinem Plane zu einer Reform des alten Bundes bei einer Krisis angelangt sei, und wandte sich an die einzelnen Regierungen mit Vorstellungen, „die teils belehrten, teils drohten und deshalb nicht den mindesten Eindruck machten.“ Man las aus allen Depeschen und Rundschreiben der beiden Großmächte heraus, daß sie im vollen Rückzuge hinter der Linie von 1815 begriffen waren, wo sie noch immer Gelegenheit hatten, sich über ihre Wünsche getrennt von den übrigen Bundesgenossen zu verständigen. So verlautete Mitte März, daß sie über folgende Punkte einig geworden seien: 1. Oesterreich behält den

Vorsitz in der Bundesbehörde als ein Ehrenrecht, Preußen dagegen teilt künftig mit ihm abwechselnd das Recht des Vortrags und der Eröffnung der Eingänge. 2. Österreich tritt mit seinen sämtlichen Kronländern, ausgenommen einzig die italienischen, in den Bund. Das frühere Stimmenverhältnis im engern Bundesrate wird nur insofern abgeändert, daß jede der beiden Großmächte künftig 3 statt bloß eine Stimme hat. Natürlich waren die Königshöfe von München, Dresden, Stuttgart und Hannover damit nicht entfernt zufrieden, und so wurde dem Herzog Ernst am 21. März, also nach dreimonatlichen Verhandlungen eines Rats ohne Rat, versichert, das Wahrscheinlichste sei vorläufige Rückkehr zum alten Bundestage.

Der Herzog war inzwischen selbst in Dresden gewesen, und sein Bericht über die eigentümliche Welt, die er hier versammelt fand, ist von besonderm Interesse. Am Hofe „schien man es ganz aufgegeben zu haben, sich eine bestimmte Überzeugung oder ein wie immer geartetes Programm über die als unlösbar betrachteten deutschen Verhältnisse zu bilden; die einfache Negation gegen alles, was in den letzten Zeiten geschehen oder versucht worden war, beherrschte die Stimmung im allgemeinen. Die trefflichsten Repräsentanten der vormärzlichen Verhältnisse schienen kaum begreifen zu können, daß man die staatlichen Dinge nicht bloß nach Familienempfindung und Tradition, sondern auch aus dem Gesichtspunkte der Notwendigkeiten behandeln müsse.“ König Friedrich August 3. B. sagte zu seinem herzoglichen Gaste: „Ich habe Sie immer so lieb gehabt, und so hat es mir doppelt weh gethan, daß Sie sich von der sächsischen Familientradition zu diesen unfruchtbaren deutschen Unionsbestrebungen abgewandt haben.“ „Er dankte Gott, wenn er nicht politisiren mußte, und bat darum, nur nicht über Politik mit ihm zu sprechen.“

Um so reicher an Projekten für die Zukunft Deutschlands war Beust. „Er träumte von einem großen mitteleuropäischen Staatenbunde mit Österreich, welcher das Stabilitätsprinzip sichern und den Westen und Osten Europas beherrschen würde, zeigte sich den österreichischen Ideen eines mitteleuropäischen Handels- und Zollsystems geneigt und prophezeite den baldigen Untergang des preußischen Zollvereins als letzter Schranke des großdeutschen Gedankens.“ In diesem Unversalreiche fand er Platz für einige Vergrößerung der Mittelstaaten, namentlich Sachsens. Der Kriegsminister Rabenhorst wünschte und befürwortete militärische Einigung der thüringischen Staaten mit Sachsen und Gruppierung anderer Kleinstaaten um die Königreiche, natürlich mit Ausnahme Preußens. Während die Baiern „unumwunden aussprachen, daß es das Bestreben Österreichs und der nichtdeutschen Großmächte sein müsse, aus ihnen einen Preußen gewachsenen Staat zu machen, während sie deshalb für die Mediatisierung benachbarter Kleinstaaten waren und sich in die Trias hineinträumten, wollte die Dresdner Regierung das Königreich Sachsen nicht gerade zur Großmacht erweitert wissen; aber der Dresdner Patriotismus forderte die an Preußen

gefallenen Landesteile zurück. Man glaubte sich hier und da berufen, einen mitteldeutschen Zentralstaat zu bilden, der unter Österreichs unmittelbarer Gönner- und Schutzherrschaft dereinst Anwartschaft auf Vergrößerung nach Norden gewinnen könnte.“ „Auf eine Frage,“ erzählt der Herzog, „wie denn Sachsen jetzt, da der Krieg fern läge, solche Ziele erreichen könne, wurde mir eine Menge der fabelhaftesten Projekte vorgetragen, von denen ich nur eins erwähnen will. Ein Krieg mit Frankreich sei, sagte man, unvermeidlich, und dann müsse man die Bourbons mit Waffengewalt wieder in ihre Rechte einsetzen, zugleich aber Frankreich schwächen, indem man das alte Lothringen zu Deutschland schlige und es zu drei Vierteln Baiern und zu einem Viertel Preußen gäbe, welches dafür die Provinz Sachsen wieder abgeben müßte. In Dresden wird förmlich zum Kreuzzuge gegen alles Deutsche als solches und gegen den Fortschritt gepredigt. Minister von Beust beantragte den Verkauf der deutschen Flotte mittelst Auktion.“

Über die damaligen Ansichten und Pläne der Österreicher schrieb der Herzog an seinen Bruder in London: „Unbegreiflicherweise trug die Diplomatie (im Januar 1851) eine Siegesgewißheit zur Schau, welche wahrhaftig sehr gegen das abstach, was wirklich geleistet worden war. Vor allem glaubten die Österreicher durch stetes Pochen auf ihre Erfolge imponiren zu können. Ich lernte damals den Fürsten Schwarzenberg kennen. Als ich ihm ernsthaft bemerkte, daß man in Wien die Bedürfnisse und das Gewicht der Forderungen Deutschlands nicht zu kennen scheine, antwortete er mir ganz in dem Stile, in welchem Metternich von Italien zu sprechen pflegte: »Neden wir doch nicht von Deutschland; es existirt nicht. Ich bin als Soldat und Diplomat immer auswärts gewesen und habe stets gefunden, daß es niemand kennt.« Äußerungen solcher Art gehörten jetzt zum guten Ton der Gesellschaft, in allen hohen Kreisen glaubte man sich geistreich zu zeigen und angenehm zu machen, wenn man die in den letzten Jahren aufgetauchten Ideen ins Lächerliche zu ziehen suchte. Da Schwarzenberg nach der sogenannten neuen Art Politik treibt, so ist es ganz natürlich, daß alle geheimen Hoffnungen und Pläne, die in Wien gehegt werden, nur zum geringsten Teile auf die Kenntnis des deutschen Volkes basirt sind und nur die Vergrößerung der Macht des Hauses Habsburg nach außen hin und die Möglichkeit einer weniger drückenden Herrschaft im Innern zum Zwecke haben. Augenblicklich geht das direkte Bemühen des Cabinets dahin, den russischen Einfluß endlich abzuschütteln. Indirekt aber werden alle Vorbereitungen getroffen, bei passender Gelegenheit vielleicht einmal die deutsche Kaiserkrone für Österreich zu erwerben. Das dritte Motiv endlich, welches die Österreicher in Dresden in Bewegung erhält, ist der feste Vorsatz, Preußen sowohl politisch als materiell zu drücken, und hierbei helfen die Baiern und Sachsen wacker mit. Man will nun auch den Zollverein brechen und uns die beglückenden österreichischen Finanzzustände angedeihen lassen. Man spricht von

Preußens überspannter Wehrkraft und hofft auch darin Veränderung hervorbringen zu können.“

Mittlerweile waren in Dresden die Hauptverhandlungen über die Organisation der Bundesbehörden zu einer Art von Stillstand gekommen, da die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich über sie erst durch persönlichen Meinungsaustausch zwischen Schwarzenberg und Manteuffel, die jetzt abwesend waren, herbeigeführt werden sollte. In der dritten und vierten Kommission hatte man zwar fleißig über Zoll- und Handelsfragen und über Errichtung eines Bundesgerichts beraten und viel schätzbares Material aufgehäuft; da aber die Hauptfrage, die Organisation der obersten Vollzugsbehörde sich fortwährend mehr verdunkelte und verwirrte, so begann die Meinung um sich zu greifen, daß der Schluß der Konferenzen vor der Thür sei. Manteuffel hatte jetzt entdeckt, daß die Fortdauer im Grunde nicht hindern werde, den Bundestag in alter Gestalt wieder zu eröffnen, und ließ diese Entdeckung als Vorschlag nach Wien gehen. Schwarzenberg hoffte in Dresden nichts erhebliches mehr erreichen zu können und ließ seinen dortigen Vertreter Graf Buol wochenlang ohne Weisungen, sodasß die Leitung der Verhandlungen stockte, und man sich in den Sitzungen mit kleinen Zwischenfällen behelfen und sich über eine indiskrete Veröffentlichung der Protokolle und über den Urheber einer „abscheulichen“ Flugschrift über die Konferenzen erbojen mußte, als der uns jetzt Karl Samwer genannt wird. In der fünften, sechsten und siebenten Plenarsitzung gab es nur akademische Betrachtungen über ein Bundesgericht und die Handelsfachen und eine Beratung über das Honorar für den österreichischen Protokollführer und die sächsischen Kanzelisten, die die Ratlosigkeit der Staatsmänner im Palais auf der Augustusstraße bei ihren müßigen Debatten bedient hatten. Der Abgrund der Wichtigkeiten that sich langsam auf, um die Konferenz aufzunehmen. Ursprünglich wollte man sie am 1. Mai klanglos hinabsinken lassen. Da kam plötzlich die Nachricht, daß Schwarzenberg und Manteuffel bei der Sache mitwirken wollten und den Wunsch hegten, die dirigirenden Minister der Bundesgenossen die Feierlichkeit durch ihre Gegenwart verherrlichen zu sehen. Der 15. Mai wurde jetzt zu einer Plenarsitzung anberaumt, in der die Vertreter der beiden Großmächte der Idee der deutschen Einheit ihre Leichenreden zu halten beabsichtigten. Die für den 15. ange setzte Sitzung begann früh 10 Uhr. Nach einer kurzen Ansprache Schwarzenbergs wurde über die Anträge der verschiedenen Kommissionen abgestimmt. Von Oesterreich wurden sie mit Ausnahme des von der vierten Kommission gemachten Vorschlags im wesentlichen angenommen, wobei Schwarzenberg erklärte, Oesterreich wolle keine Volksvertretung im Bunde, betrachte sie jedoch als offene Frage. Gegen ein Bundesgericht finde es an sich nichts zu erinnern, halte aber den Vorschlag schon deshalb zu sofortiger Annahme für nicht geeignet, weil er einen wichtigen Punkt der Zusammensetzung des Gerichts unerledigt lasse. Die Erklärung Preußens hatte nur gegen den Bericht der

ersten Kommission nichts hauptsächliches einzuwenden, sonst war sie im allgemeinen ablehnend. Die übrigen Bevollmächtigten waren mit jenem Bericht bis auf einen, der ohne Instruktion war, gleichfalls einverstanden. Ebenso stimmten die meisten Mitglieder der Versammlung dem gemeinschaftlichen Vorschlage der ersten und zweiten Kommission zu, wogegen der Bericht der zweiten mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Einzig und allein das Elaborat der ersten war so glücklich gewesen, von allen Seiten gebilligt und angenommen zu werden. Herr v. d. Pfordten bezeichnete diesen Ausgang als ein höchst unerfreuliches Ergebnis und beantragte, man wolle sich mindestens noch über einen Gesamtbefschluß einigen, der beweisen würde, daß die Bestrebungen aller Bundesregierungen im Hauptzweck auf denselben Zielpunkt gerichtet seien. Dieser Beschluß wurde denn auch formulirt und angenommen. Dann Aufhebung der Sitzung und Anberaumung des Schlusses der Konferenzen auf 4 Uhr des Nachmittags. Dabei hielt Schwarzenberg seinen Leichensfermon, eine längere Rede, in der er nicht ohne scharfe Seitenhiebe auf Preußen besonders hervorhob, daß Oesterreich nicht die Schuld treffe, wenn die Verhandlungen der Konferenz kein erfreulicheres Ergebnis hätten. Als das wichtigste, wenngleich sehr negative Ergebnis der Zusammenkunft bezeichnete er die nunmehr zum Entschluß aller gewordene Wiederbeschickung des Bundestages, dessen Aufgabe es jetzt sein werde, die noch offenen wichtigen Fragen, zu denen auch die Feststellung des künftigen Umfangs des Bundesgebietes gehöre, zu erledigen. Mantuffel sprach nur wenige Worte. Damit hatte die Tragikomödie ausgespielt. Eine längere Tragikomödie folgte ihr in Frankfurt im Theater auf der Eschenheimer Gasse. Erst mit einem neuen Könige und einem großen Minister Preußens wurde es ernst auf der politischen Bühne Deutschlands. Doch das ist ja in aller Gedächtnis und die Freude aller Verständigen und Rechtchaffnen im Lande.



## Zur Bekämpfung der Trunksucht

Von Otto Gerland



aß, wie in vielen andern Ländern, so auch in Deutschland den geistigen Getränken mehr als nötig zugesprochen wird, ist offenkundig, und es hat sich seit Jahrzehnten dagegen ein Kampf entsponnen. Ob jetzt mehr oder weniger getrunken wird als früher, kann uns gleichgiltig sein, es genügt, daß zu viel getrunken, und namentlich, wie dies auch z. B. aus allen Jahrgängen der Berichte der Fabrikinspektoren hervorgeht, den Spirituosen zu stark zugesprochen